

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Empfang für Präsidentinnen und Präsidenten der Landessozialgerichte im Landtag Brandenburg, 6. Mai 2024
Grußwort der Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke**

Sehr geehrte Präsidentin Frau Schudoma,
Sehr geehrte Präsidentinnen und Präsidenten der Landessozialgerichte,
sehr geehrte Abgeordnete,
lieber Jes Möller,
meine Damen und Herren,

ich heiße Sie herzlich willkommen zum Empfang hier im Brandenburger Landtag. Es ist mir eine große Freude, Sie alle heute aus Anlass Ihrer Jahreskonferenz in Potsdam zu begrüßen.

Sozialer Frieden, soziale Gerechtigkeit, die Unantastbarkeit der Würde eines jeden einzelnen Menschen – das sind Ihre Themen. Es sind **u n s e r e** Themen. Uns eint das Anliegen, dass Rechtssuchende bürgernah und zeitnah gerichtlichen Rechtsschutz erfahren:

Nicht nur im Bereich der Existenzsicherung, beim Bürgergeld, der Sozialhilfe, beim Arbeitslosengeld, sondern auch im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung oder des Sozialen Entschädigungsrechts.

Als Stichworte seien die Opferentschädigung bei Straftaten und das seit 2020 aktuelle Thema der Entschädigung bei Impfschäden genannt. Ganz aktuell sorgt das Herrenberg-Urteil des Bundessozialgerichts für Aufregung. Sprachschulen, Musikschulen, Ballett- und Tanzschulen, Volkshochschulen, Fachhochschulen, Universitäten, Orchester mit freien Musikerschülern werden Honorarverträge in feste Verträge umwandeln müssen, allerdings in der Realität nur in Mini- und Midi-Verträge ohne Rentenanspruch.

Ein gutes Urteil für Menschen in prekären Lebensverhältnissen, die zumeist studiert haben und täglich ihrer Arbeit nachgehen. Ein schwer umsetzbares Urteil für Kommunen und private Bildungsträger, die mehr Geld in die Hand nehmen oder Entgelte erhöhen müssen.

Sozialrichter wägen ab, Politiker beantworten bald die Frage, was ihnen kulturelle Bildung, Weiterbildung oder die Vielfalt der universitären Lehre Wert ist.

Jetzt wird es konkret: Kein Kind darf in Deutschland in Armut aufwachsen. Der Alltag unserer Kinder muss frei sein von den finanziellen Sorgen der Elternhäuser.

Kein Kind darf vom Fußballspielen oder Geige üben abgehalten werden, weil seine Eltern Fußballschuhe oder den Musikunterricht nicht bezahlen können.

Eine Kindergrundsicherung, die Hilfen für Familien bündelt, ist sicher ein richtiger Weg. Viele Familien haben das Recht auf diese Hilfen, aber nehmen sie nicht in Anspruch. Weil sie schlicht nichts davon wissen oder die Verfahren zu kompliziert sind.

Der Bund möchte dies jetzt ändern. Das Motto lautet: Hilfe aus einer Hand statt Behördenschungel. Dies sollte allerdings auch für den Rechtsweg gelten.

Unterschiedliche Rechtswege sind für einen bürgernahen und effektiven Rechtsschutz hinderlich. Der Gesetzgeber sollte auf eine Rechtsprechung aus einer Hand achten.

Der Gesetzgeber hat auch für eine stabile Personalausstattung der Sozialgerichte zu sorgen, damit sie ihrer Aufgabe in einer offenen Gesellschaft für Respekt und Toleranz und letztlich für Recht und Freiheit nachkommen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

am letzten Freitag wurde der sächsische SPD-Spitzenkandidat für die Europa-Wahl beim Aufhängen von Wahlplakaten krankenhaushausreif geschlagen.

In Parlamenten diskutieren wir - auch vor dem Eindruck der kommenden Landtagswahlen im Herbst - die Frage, ob und gegebenenfalls wie wir der Einstellung verfassungsfeindlicher Mitarbeiter in den Fraktionen begegnen.

Lösungen können nur unter Wahrung der Fraktionsautonomie erarbeitet werden. Aber diese Lösungen werden dringend gebraucht, auf der Straße und im Landtag.

Die Frage, wie die Parlamente frühzeitig und präventiv alle rechtlich zulässigen Maßnahmen ergreifen können, um die Gesellschaft vor Verfassungsfeinden und Extremisten zu schützen, zeigt, dass die Demokratie von ihren Feinden ins Visier genommen wird.

Aber nicht nur die Demokratie, sondern auch der Rechtsstaat, repräsentiert durch die Gerichte, muss auf Angriffe von außen reagieren.

Reichsbürgerfantasien mit „Steckbrieflich“ gesuchten Staatsanwälten und Vorstehern von Finanzämtern in Brandenburg, erreichen auch mich im Landtag.

Die Gerichte sind dabei nicht nur von außen, sondern auch von innen der Gefahr einer gezielten personellen Unterwanderung von extremistischen, konkret verfassungsfeindlichen, Strömungen ausgesetzt. Die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit wird auch in unserem Plenarsaal von mindestens einer Fraktion bestritten.

Sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene sind bereits Gesetze verkündet worden oder werden aktuell noch verschiedene Gesetzesvorhaben mit Sicherungsmechanismen zur Gewährleistung der Verfassungstreue auch der Richterinnen und Richter verfolgt.

Auf Ihrer Jahreskonferenz werden Sie sowohl für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter wie auch Berufsrichter und -richterrinnen unterschiedliche Instrumente, Nutzen und Gefahren diskutieren. Mich interessiert das Ergebnis ihrer Beratung. Über einen Austausch dazu würde ich mich freuen.

Im Kern bleibt die Herausforderung, den Zulauf zu extremistischen Parteien und Positionen als politisches Problem zu erkennen und zu lösen. Wir brauchen dazu die sachliche parlamentarische Auseinandersetzung.

Die Existenz rechtspopulistischer Kräfte ist eine Fehlermeldung, die Demokraten verstehen müssen. Lassen Sie uns einander aufmerksam zuhören und offen für Argumente bleiben. Dann führt gute Politik von extremen Positionen weg, davon bin ich fest überzeugt.

Der heutige Empfang ist eine Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, und ich freue mich auf einen spannenden Austausch zwischen Politik und Rechtsstaat.

Für Ihre Jahreskonferenz wünsche ich Ihnen viel Erfolg!